

Die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, veräußert **Dresdner Van Moer Courtens** sowie die **Filiale Belgien** ihrer ebenfalls auf gehobene Privatkunden fokussierten Tochtergesellschaft **Commerzbank International S.A. Luxembourg** (CISAL) an Mitglieder des Managements. Die Transaktion steht unter Vorbehalt der entsprechenden behördlichen Genehmigungen. Zum Jahresende 2008 verwalteten beide Institute zusammen Assets in Höhe von 615 Millionen Euro und beschäftigten 48 Mitarbeiter. Die auf das Firmenkundengeschäft spezialisierte Brüsseler Filiale der Commerzbank AG Frankfurt wird von dem Frankfurter Institut weitergeführt.

Für einen Kaufpreis von 2,15 Milliarden US-Dollar wollen die asiatischen Investoren **Primus Financial** und **China Strategic Holdings Ltd.** 97,57 Prozent der Anteile am Lebensversicherer **Nan Shan Life Insurance**, Taiwan, übernehmen. Verkäufer des nach Prämieinnahmen drittgrößten Lebensversicherers in Taiwan ist der im Zuge der Finanzkrise nur mit massiver Staatshilfe der US-amerikanischen Regierung vor dem Bankrott getretete Versicherer **American International Group Inc.** (AIG), der sich im Zuge seiner Restrukturierung weltweit von Beteiligungen trennt, um die Staatshilfen zurückzahlen zu können.

Nach der Zustimmung der Aufsichtsräte wollen sich die drei katalanischen Sparkassen **Caixa Catalunya**, **Caixa Tarragona** und **Caixa Manresa** zu Spaniens viertgrößter „Caja“ zusammenschließen. Die Aktiva des neuen Instituts werden gut 80 Milliarden Euro betragen. Firmensitz soll Barcelona werden. Die dort ansässige Caixa Catalunya soll ein Gewicht von 60 Prozent in dem neuen Institut repräsentieren, die beiden Partner jeweils 20 Prozent.

Die Staatsanwaltschaft hat Mitte Oktober 2009 Räumlichkeiten der **Bayern-LB**, München, und der österreichischen **Hypo Group Alpe Adria** durchsucht. Seitens der Landesbank wurden Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Tochter bestätigt. Gleichzeitig wurde der Behörde zugesagt, Unterstützung beim Zugang zu den benötigten Dokumenten zu leisten. Medienberichten zufolge geht es um den Verdacht der Untreue gegen den früheren Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Werner Schmidt.

## 7. Oktober 2009 bis 26. Oktober 2009

Die niederländische **ING Group**, Amsterdam, setzt den Verkauf von Beteiligungen fort. Nach der Trennung von Einheiten in Neuseeland und Australien sowie des Private Banking in der Schweiz (Kreditwesen 20-2009) meldet der Finanzdienstleister Mitte Oktober 2009 Vereinbarungen über den Verkauf seines Private-Banking-Geschäftes in elf asiatischen Ländern an die in Singapur ansässige **Oversea-Chinese Banking Corporation Limited** (OCBC Bank). Die Zustimmung der Aufsichtsbehörden vorausgesetzt, soll die Transaktion noch in diesem Jahr abgeschlossen werden und bei einem Kaufpreis von rund einer Milliarde Euro einen Nettoertrag von 300 Millionen Euro erbringen. Eine Kapitalfreisetzung von rund 100 Millionen Euro erwartet die ING darüber hinaus aus dem Verkauf ihres amerikanischen Rückversicherungsgeschäftes an den US-Wettbewerber **Reinsurance Group of America, Inc.** (RGA). Mit dem Abschluss dieser Transaktion wird im ersten Quartal 2010 gerechnet.

Die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, hat die Veräußerung ihrer auf Vermögensverwaltung und Treuhandgeschäfte in Großbritannien spezialisierten **Kleinwort Benson-Aktivitäten** an die Beteiligungsgesellschaft **RHJ International** vereinbart. Unter dem Vorbehalt der Genehmigungen der Kartell- und Aufsichtsbehörden soll die Transaktion im ersten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Per Ende 2008 verwalteten die verkauften Einheiten **Channel Islands Holdings Limited** und **Kleinwort Benson Private Bank Limited** mit rund 650 Mitarbeitern im Wealth Management ein Vermögen (Assets under Management) von 5,4 Milliarden britischen Pfund (5,7 Milliarden Euro) und ein Treuhand-Vermögen (Assets under Administration) von 15,7 Milliarden britischen Pfund (16,5 Milliarden Euro). Als Kaufpreis war von 241 Millionen Euro die Rede.

Die niederländische Privatbank **DSB** wurde von einem niederländischen Gericht für zahlungsunfähig erklärt. Versuche, einen Käufer für das angeschlagene und bereits vom Staat gestützte und kontrollierte Institut mit etwa 400 000 Kunden zu finden,

waren zuvor gescheitert. Die Einlagen des Instituts in Höhe von 3,25 Milliarden Euro sollen nun von anderen niederländischen Banken gesichert werden.

Eine Absichtserklärung zum Kauf von Teilen von **ABN Amro** in den Niederlanden hat die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, mit dem niederländischen Finanzministerium als Eigentümer des **Fortis-Konzerns** vereinbart. Über betroffene Einheiten einer früheren Vereinbarung von Anfang Juli 2008, war erst kürzlich nachverhandelt worden (siehe Kreditwesen 19-2009). Die finalen Vertragsbedingungen seien Bestandteil weiterer Gespräche, heißt es nun von dem Frankfurter Geldhaus. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung von ABN Amro und diverser Genehmigungen, beispielsweise durch den Aufsichtsrat der Deutschen Bank, **De Nederlandsche Bank** sowie der **EU** und weiterer Aufsichtsbehörden.

Ein Jahr nach der Beteiligung an der britischen Großbank **Barclays** hat sich das **Emirat Katar** von einem Teil seiner Anteile getrennt. Mit dem Verkauf von Aktien im Wert von fast 1,4 Milliarden britischen Pfund hat die Investmentholding des persischen Golfstaates nach eigenen Angaben rund 600 Millionen britische Pfund Erlöst.

Die US-amerikanische Großbank **Morgan Stanley** veräußert ihr US-Fondsgeschäft mit Privatkunden. Käufer der Einheit, zu der auch die Tochter **Van Kampen Investments** gehört, ist der Asset Manager **Invesco**. Der Preis der Transaktion wird auf 1,5 Milliarden US-Dollar beziffert, er soll zu einem Drittel in bar bezahlt werden. Um den Rest zu begleichen will die Investmentgesellschaft Morgan Stanley eine Beteiligung von 9,4 Prozent einräumen, wodurch die Bank ihr größter Anteilseigner wird.

Der niederländische Finanzkonzern **ING**, Amsterdam, spaltet sich in eine Bank- und eine Versicherungssparte auf. Um den Auflagen der EU-Kommission nach der Inanspruchnahme von Staatshilfen gerecht zu werden, soll bis 2013 eine Konzentration auf das Bankgeschäft mit europäischem Fokus erfolgen. Das Versicherungsgeschäft soll mittels Börsengängen oder Verkäufen abgestoßen werden. Die Hälfte der zehn Milliarden Euro Staatshilfen will ING noch im laufenden Jahr vorzeitig zurückzahlen und dafür sein Kapital um 7,5 Milliarden Euro aufstocken.